



Bundesministerium  
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn  
Andrej Hunko, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 2. Dezember 2014

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat November 2014**  
HIER **Arbeitsnummern 11/151**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigelegte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung



Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Bellevue; U-Bahnhof Turmstraße  
Bushaltestelle Kleiner Tiergarten

Schriftliche Fragen des Abgeordneten Andrej Hunko  
vom 20. November 2014  
(Monat November 2014, Arbeits-Nr. 11/151)

---

Frage:

*Welche Angaben kann die Bundesregierung zu Anzahl, Umfang, Dauer und Tiefe von taktischen Liebesbeziehungen der verdeckten Ermittlerin "Iris Schneider" machen, die nach Aussage des Hamburger Innensenats (taz vom 19. November 2014) im Auftrag der Bundesanwaltschaft sechs Jahre lang Hamburger linke Zusammenhänge und Journalisten ausgespäht hat und nach Angaben von Zeitungen sowie einer Recherchegruppe mindestens zwei Liebesbeziehungen einging (taz Onlineausgabe und Süddeutsche Zeitung Onlineausgabe vom 19. November 2014 sowie <http://verdeckteermittler.blogspot.eu>), und in welchem Umfang wurden die Verantwortlichen des Einsatzes der als "Iris Schneider" auftretenden Ermittlerin durch diese während des Einsatzes überhaupt wie vorgeschrieben über die Beziehungen informiert, zumal der Präsident des Bundeskriminalamtes solche (auch sexuellen) Kontakte am Beispiel des Einsatzes des britischen Polizeispitzels Mark Kennedy in Deutschland mit den Worten "Das geht gar nicht" kommentiert hatte (taz Onlineausgabe vom 26. Januar 2011)?*

Antwort

Die Voraussetzungen für den Einsatz eines VE sind in §110a der StPO geregelt. Der Einsatz ist unter anderem zulässig zur Aufklärung von Staatsschutzdelikten nach den §§ 74a, 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes. Bei Einsätzen gegen einen bestimmten Beschuldigten bedarf diese strafprozessuale Maßnahme der Zustimmung des sachlich und örtlich zuständigen Richters, vgl. § 110b StPO; in Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts ist dies der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs. Etwaige Einsätze von VE in Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts erfolgen im Rahmen dieser gesetzlichen Vorgaben.

Die polizeiliche Umsetzung des Einsatzes im Einzelnen und die dafür erforderlichen polizeitaktischen Überlegungen erfolgen durch die von der ermittlungsführenden Staatsanwaltschaft beauftragte Polizeidienststelle.

Das Bundeskriminalamt führte von 2002 bis 2004 im Auftrag des Generalbundesanwalts ein Ermittlungsverfahren, bei dem ein VE des Landeskriminalamtes Hamburg eingesetzt wurde.

Der Einsatz des VE erfolgte unter Führung durch einen VE-Führer des Landeskriminalamtes Hamburg. Das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein führte von 2004 bis 2006 im Auftrag des Generalbundesanwalts ein Ermittlungsverfahren, bei dem verdeckt ermittelt wurde.

Das Bundeskriminalamt hat den eingesetzten VE zu keinem Zeitpunkt angewiesen, taktische Liebesbeziehungen einzugehen. Auch sind dem Bundeskriminalamt im Rahmen der Ermittlungsführung keine Erkenntnisse über Liebesbeziehungen des VE bekannt geworden.